

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 29

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 20. Juli 1928.

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Bahnhöfe kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

29. Jahrg.

## Ein Programm.

Die rechte Bemannung für das deutsche Regierungsschiff zu finden, scheint nicht gerade leicht gewesen zu sein. An heuerlustiger Mannschaft dürfte es jedoch nicht gefehlt haben, Anwärter gibt es bei solchen Gelegenheiten immer mehr als Ministerfessel vorhanden sind. Nach mühseligen Verhandlungen haben wir nun ein neues Kabinett, aber kein Vertrauensvotum, sondern nur eine Billigungserklärung hat die neue Regierung vom Reichstag entgegennehmen können. Die Regierungserklärung, das Programm, wird wirkliche Begeisterung kaum aufkommen lassen. Erwägungen und Überlegungen durchziehen wie ein roter Faden die ganze Erklärung. Jedenfalls läßt sie an Schneid und Elan, den man nach diesem Wahlausgang erwarten konnte, sehr viel vermissen. Mittelparteien hätten sie nicht vorsichtiger und tastender formulieren können.

Neben Fragen der Außen- und Innenpolitik, die allgemeines Interesse beanspruchen, erwarteten wir etwas Besonderes in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unter Bezugnahme auf Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz wird die Zollfrage zwar erwähnt, ihre Lösung aber nur angedeutet. Im Zusammenhang damit spielen Handelsvertragsfragen und die Gestaltung unserer Ausfuhr eine erhebliche Rolle. Die Sicherung eines angemessenen Reallohnes und die Preisgestaltung auf dem deutschen Binnenmarkt, sowie die Einstellung des Staates zu den unsere Wirtschaft beherrschenden monopolistischen Gebilden, den Syndikaten und Trusts, sind Fragen, deren glückliche Lösung über das Stadium der Erwägung baldmöglichst herausgeführt werden muß. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung dieser Gebilde ist soweit gebieten, daß dringend eine Ergänzung der gesetzlichen Handhaben zu ihrer Unterdrückung notwendig ist.

In Aussicht gestellt ist die endliche Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes. Die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung soll durch den zu bildenden endgültigen Reichswirtschaftsrat beraten werden.

In der Sozialpolitik, so sagt die Regierungserklärung wörtlich, beabsichtigt die Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Sie wird den bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwürfe eines Arbeitsschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Bergarbeitergesetzes. Die Reichsregierung hält eine einheitliche Ausgestaltung der Behörden der Arbeitsaufsicht und ihre gleichmäßige Tätigkeit unter einer mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten fachlichen Zentralbehörde auch unter Beteiligung der Arbeitnehmer im Interesse eines wirksamen Arbeiterschutzes für unerlässlich. Neben dem Arbeitsschutzgesetz wird vor allem die Neugestaltung der Seemannsordnung, des Tarifvertragsrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts zu fördern sein. Eine Frage, die rechtzeitig vor dem Winter geregelt werden muß, ist die Stellung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung, wozu die Organe der Reichsanstalt die nötigen Befugnisse haben. Die Krisenunterstützung ist bereits über den 1. Juli hinaus verlängert worden. Zugleich ist durch eine Reihe von Erweiterungen der Stockung auf dem Arbeitsmarkt, die sich neuerdings bemerkbar macht, Rechnung getragen worden. Die neue Reichsregierung wird in diesem Sinne fortfahren. Ferner soll die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtige Grenze hinaus verlängert werden. Das kann im Wege der Verordnung geschehen. Es wird weiter zu prüfen sein, ob rücksichtsloser Entlassung älterer Angestellten wirksam gesteuert werden kann. Die Reichsregierung sieht in der Unterstützung der Arbeitslosen nur ein letztes Hilfsmittel, unergleichlich wertvoller ist alles, was den Arbeitslosen zur Arbeit zurückführt. Die Reichsregierung wird diese Bestrebungen auf jede mögliche Weise fördern. Im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen wird zu erwägen sein, wie die Reichsversicherung einfacher, wirtschaftlicher und ertragfähiger gemacht werden kann. Dabei kommt ein Abbau der Sachleistungen oder eine Beschränkung der Selbstverwaltung nicht in Betracht. Namentlich werden die Versicherungsträger sich noch schärfer als

bisher auf vorbeugende und verhütende Maßnahmen einstellen können, insbesondere auf die Bekämpfung von Volkskrankheiten und den Schutz gegen Arbeitsunfälle. Auch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf noch nicht versicherte Berufskrankheiten dient dieser Aufgabe. Es wird zu erwägen sein, ob und inwieweit die Versicherungspflichtgrenzen zu erweitern sind. Die enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt, die schon zu erfreulichen und bedeutenden Ergebnissen geführt hat, wird fortgesetzt werden; sie verpflichtet auf der anderen Seite die Reichsregierung, Deutschland den gebührenden Platz in der internationalen Arbeitsorganisation zu sichern. Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. In gleicher Weise wird die Regierung bestrebt sein, die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der Notleidenden aufs beste auszubauen, die Kleinrentnerhilfe auf eine von dem Erweisen der örtlichen Fürorgestellten unabhängige gesetzliche Grundlage zu stellen.

Die Wohnungsnot beeinträchtigt nach wie vor die Gesundheit unseres Volkes. Der Erhaltung des Altwohnraumes und dem Bau neuer Wohnungen wird die Regierung ihre besondere Sorge zuwenden und dabei dem Bedürfnis der unbemittelten und minderbemittelten wohnungslosen Volkskreise, vor allem den neugegründeten und den kinderreichen Familien sowie den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vorzugsweise Rechnung tragen. Darüber hinaus sind auch andere Maßnahmen zur Erleichterung der Lasten kinderreicher Familien zu treffen. Bei der Schaffung neuen Wohnraumes wird die Regierung darauf hinarbeiten, daß durch eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Wohnungsbaumittel die Neubaumieten auf einer erträglichen Höhe gehalten werden. Einem ungerechtfertigten Ansteigen der Bodenpreise wird sie ebenso entgegenzutreten, wie

sonstigen unberechtigten Gewinnen. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus sollen alle Kräfte der gemeinnützigen wie der privaten Bauwirtschaft herangezogen werden. Da der Wohnungsbau als produktiv gilt, wird es ohne Bedenken sein, bei dringendem Bedarf Mittel im Wege der Anleihe aufzubringen, soweit es die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und die Lage am Kapitalmarkt gestatten. Sodann werden in der Regierungs-Erklärung behandelt Verfassungstag, Wahlreform, Schulpolitik, Wehrmachtsfragen und die Strafrechtsform, um dann bei der Steuerpolitik fortzufahren.

„Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird die Reichsregierung ihr Augenmerk der Frage zuwenden, inwieweit die drückende Steuerlast, die insbesondere auf den mittlern und untern Schichten der Bevölkerung liegt, eine Erleichterung erfahren kann. Die Beantwortung dieser Frage ist selbstverständlich abhängig von der weiteren Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Beurteilung der Lage der Reichsfinanzen. Es wird zu prüfen bleiben, ob auf dem Gebiete der Einkommensteuer unter diesen Voraussetzungen eine mäßige Senkung des Tarifes in den untern und mittlern Stufen durchführbar erscheint. Erst im Herbst wird die Möglichkeit sein, sich ein Urteil hierüber zu bilden.“

Eine Fülle von Fragen, die man prüfen, erwägen, überlegen will, die aber samt und sonders den Lebensnerv der Arbeiterschaft sehr stark berühren. Nicht zum erstenmal kommen uns gelegentlich eines Regierungswechsels schwungvolle Erklärungen zu Gesicht, selten aber eine solche, die mit soviel Casstinn geschmückt ist, wie die vom 3. Juli. Trotzdem erwarten wir, daß die Mehrzahl der angeschnittenen Fragen nicht im Aktenschrank irgendeines Referenten bessern Zeiten entgegenträumt, sondern der erheblichste Teil dessen, was uns das Programm vom 3. Juli in Aussicht stellt, Wirklichkeit wird.

## Arbeitszeit und Volkswohlstand.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten)

„Vergessen wir doch nicht, daß der Wohlstand der Krupparbeiter vor dem Kriege in den Überstunden erworben worden ist.“ (Ein Werkführer erklärte dies bei einer Besichtigung dem Vertreter einer Tageszeitung.) Daß die Auffassung, Wohlstand könne nur durch Überstunden erworben werden, immer wiederkehrt, zeugt von einem sehr bedenklichen Mangel wirtschaftlicher Einsicht. Es soll hier nichts gegen den Führer persönlich gesagt werden, denn er meinte es in seinem Sinne gut. Etwa so: Unsere Werksangehörigen verdienen und brauchen es zu etwas. Aber den Durchschnittsverdienst kamen sie aber nur durch längere Arbeitszeit hinaus. Der Besichtigter meinte zu der Auffassung des Führers: „Das würde bedeuten, daß selbst in den wirtschaftlich guten Vorkriegszeiten der Arbeiter bei regulärer Arbeitszeit nur das Existenzminimum hatte. Man kann dem herrschenden System der Verteilung von Arbeit und Ertrag kein schärferes Urteil sprechen.“

Verteilung von Arbeit und Ertrag? Heute sind wir über die Annahme hinaus, daß es nur der richtigen Verteilung von „Arbeit und Ertrag“ bedürfe, um Wohlstand zu schaffen. So einfach ist diese Angelegenheit nicht. Es ist den Arbeitnehmern auch nicht im geringsten damit gedient, wenn gesagt wird: „Also nur bei langen Arbeitszeiten ist ein gewisser Fortschritt möglich.“ Der Wahn: nur bei längeren Arbeitszeiten, muß anders angefaßt und abgetan werden. Wenn auch die Arbeitnehmer darauf bedacht sind, ihren gerechten Anteil vom Ertrag zu erhalten, so wissen aber die wirtschaftlich geschulten und verständigen, daß damit noch lange nicht alles getan ist, was zu erstreben und zu erreichen ist. Es geht um sehr viel mehr und anderes, als das herrschende System der Verteilung von Arbeit und Ertrag zu verbessern. Wohl sollen höhere Löhne gezahlt werden und dafür gesorgt werden, daß nicht an den und jenen Stellen Überstunden gemacht werden und dafür so und so viel andere arbeitslos herumlaufen. Aber das alles ist nur ein kleiner Teil von dem, was an Verbesserungen erreicht werden kann und muß. Die Verbesserung des wirtschaftlichen Arbeitnehmerdaseins kommt in der Hauptsache von der Güterherstellung her. Insofern stimme ich mit den Vertretern einer gewissen Auffassung überein: Verteilen kann man nur Vorhandenes, und da dies erarbeitet werden muß, also nicht

so von ungefähr wird, muß schon Erhebliches geleistet werden, wenn der einzelne mehr erhalten soll. Während aber jene glauben, dies sei nur durch längere Arbeitszeiten zu bewirken, behaupten die geschulten Volkswirte, daß gerade die längeren Arbeitszeiten die ergiebigere Betriebsführung hemmen und hindern, ja, daß mit ihnen nicht mehr, sondern weniger erreicht wird. Das klingt an sich etwas widerspruchsvoll, aber es kann nachgewiesen werden, daß es für den wirtschaftlichen Fortschritt keinen schlimmeren Widersacher als lange Arbeitszeiten gibt. Lange Arbeitszeiten hemmen die Wohlstandsbildung, kurze fördern sie.

In einem Aufsatz kann nicht alles das gesagt werden, was dafür spricht, daß kürzere Arbeitszeiten den Wohlstand im gesamten fördern. Bevor wir darüber sprechen, noch etwas Grundsätzliches: So einseitig sind doch die Gewerkschaften nicht, daß sie etwas empfehlen und fordern, was volks- und weltwirtschaftlich verkehrt ist. Ihre Überzeugung ist: daß wir volkswirtschaftlich viel eher vorwärtskommen, wenn die Bedürfnisse der Menschen besser geklärt werden und das hergestellt wird, was sie jeweils am nötigsten brauchen. Zum Beispiel jetzt: neben den Nahrungsmitteln vor allem Wohnhäuser, und nicht einfach Wohnhäuser, sondern gesundheitlich und praktisch aufs beste erbaute Wohnhäuser. Dann kommt die Kleidung. Die geistigen Bedürfnisse sollten zuerst und zwischen hinein gestillt werden. Die Pflege des Geistesguts soll vorangehen, weil es doch der Geist ist, der sich den Körper baut, und weil er fähig ist, der Arbeit die Schwere zu nehmen, sie verständiger, sinnvoller und ergiebiger zu gestalten. Also einfach draufloszuwirtschaften, wie es gerade kommt und fällt, ist sinnlos. Die Güterherstellung muß sinnvoller werden, als sie jetzt ist. Es soll nicht etwas hergestellt werden, weil Geld daran zu verdienen ist, sondern das soll hergestellt werden, was die Menschen brauchen, und zwar nach dem Maß der Dringlichkeit, der Gesundheit, des leiblichen und seelischen Wohlergehens. Dem Volk ist damit nicht viel geholfen, wenn an einer oder der anderen Stelle über das Mindestmaß des Nötigen verdient wird, an den allermeisten aber darunter, und wenn Dinge hergestellt werden, die eitel Dummheit sind, dafür aber Mangel an dringenden Lebensbedürfnissen vorhanden ist. Es ist doch kläglich, wenn in einer Stadt oder einem Bezirk Tausende von Arbeitern

arbeitslos sind und an anderen Stellen Überstunden gemacht werden, oder wenn Mengen von Tand und Schund hergestellt werden und ein Wohnungselend sondergleichen vorhanden ist.

Wohlfstand, mag er sein wo er will, der auf Kosten anderer geht, ist ein Würgegel. Wer aber Brauchbares, Nützliches und Förderndes erdenkt, anbahnt und durchführt, der soll auch entsprechend dafür bezahlt werden. Nicht darum geht es, ob der eine etwas mehr oder weniger hat, sondern darum: daß alle Entbehrenden kräftig emporgehoben werden, so körperlich und seelisch gefördert werden, wie dies nach den Erkenntnissen, Erfindungen und Entdeckungen und wirksamsten Arbeitsarten jeweils möglich ist.

Es ist wissenschaftlich lehrreich, wodurch früher Wohlfstand erreicht wurde, wichtiger aber ist, wodurch in Zukunft Gehalt, Lohn, Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse verbessert werden. Da wissen wir heute, daß durch längere Arbeitszeiten nur mit Ach und Krach etwas zu erreichen ist. Und dieses Mehr ist noch recht zweifelhafter Art. Es brächte den Nachteil mit sich, daß weniger für den technischen Fortschritt geschieht. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß Bezirke und Betriebe mit niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten technisch hinter Ländern, Bezirken, Betrieben mit höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten herhinken. Das wirksamste Mittel, die Gütererstellung zu vermehren und zu verbessern, sind also hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten. In Betrieben, wo dieser Geist herrscht, wird alles ganz anders bedacht, berechnet, sorgfältiger eingekauft, herangeführt, eingelagert, hergestellt, verkauft als in Betrieben, die es nicht nötig haben, alles so gründlich zu bedenken und alles so genau zu nehmen. Der Wettbewerb wird in technisch zurückgebliebenen Betrieben mit niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten oder mit beiden geführt. Bei Licht besehen ist eine solche Gütererstellung dem Wirtschaftsfortschritt schädlich. Durch längere Arbeitszeiten ist gar nicht hereinzubringen, was durch den technischen Fortschritt verpaßt wird.

Schon Robert Owen verteidigte sehr eindringlich, die Arbeitszeit auf das vernünftigste Maß zu bemessen (er lebte von 1771—1858). Er sagte: Die achtstündige Arbeitszeit sei für das Menschengeschlecht hoch genug. Sollte es gesund, einsichtig, tugendhaft und glücklich sein, dann dürfe nicht darüber hinausgegangen werden. Dann aber (also schon damals) sie sei hoch genug, weil die neuzeitlichen Erfindungen eine längere Zeit körperlicher Anstrengung unnötig machen und weil bei dieser Arbeitszeit unter geeigneten Einrichtungen ein Überfluß an Reichtum für alle geschaffen werden kann. In diesem Satz ist alles enthalten, was an Wesentlichem für die achtstündige Arbeitszeit zu sagen

ist. Es heißt aber so oft: Schon gut, da oder dort mag's gehen, in unserem, in meinem, in diesem Betrieb aber geht's nicht, wenn der Betrieb nicht kaputtgehen und die Arbeiter arbeitslos werden sollen. Dann hört man wieder: Ja, hier sind ganz andere Bedingungen vorhanden, wir können nicht so vorgehen, wie der oder jener Betrieb. Aber Owen hat schon angedeutet, was darauf zu sagen ist. Nämlich: „Unter geeigneten Einrichtungen“ geht's, das ist des Pudels Kern. Mit der Hand, mit langen Arbeitszeiten ist nie und nimmer einzuholen, was mit dem Kopf verpaßt wurde: was im Einkauf der Rohstoffe, ihrer Beförderung, ihrer Lagerung, ihrer Zuführung an die Verarbeiter, in Maschinen, Werkzeugen, Betriebskräften, Betriebsorganisation, Verkauf, Versendung, Zahlungssitten, Geldverwaltung gefehlt wurde. Owen hätte sich aber noch schärfer ausgedrückt und noch mehr gefordert, wenn er geahnt hätte, was durch die Rationalisierung erreicht wurde. Bedeutsam bleibt immerhin, daß er zu seiner Zeit glaubte, daß Reichtum für alle möglich sei, wenn die hierzu nötigen Einrichtungen geschaffen würden. Nun hat sich ja die Bevölkerung inzwischen sehr vermehrt, aber die Möglichkeiten der vermehrten und verbesserten Gütererstellung sind heute verhältnismäßig darüber hinaus vorhanden.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß die achtstündige Arbeitszeit und etwas mehr Lohn Mindestforderungen sind. Es muß mehr erreicht werden, weil mehr möglich ist. Ich höre daraufhin schon den und jenen Angstmeier fragen, wo und wie das enden solle. Antwort: Enden soll es überhaupt nicht, sondern vernünftiger, wirtschaftlicher, besser wird es dadurch werden. Alle Unternehmer, die wirklich etwas von diesen Fragen verstehen, sind für steigende Löhne und kurze Arbeitszeiten und zwar nicht aus Liebe zu den Arbeitnehmern, sondern aus dem Verständnis heraus, daß es ihnen, der Volks- und Weltwirtschaft damit besser geht. Beispiele aus ganz verschiedenen

Unternehmungen könnten für die Bestätigung dieser Behauptung beigebracht werden: Abbe, Fromont, Wather und Platt, Robert Bosch und viele andere im In- und Ausland zeugen dafür.

Wie kann man heute noch, angesichts der neueren Erkenntnisse und Erfahrungen, daran glauben, daß durch Überstunden Volkswohlstand herbeizuführen sei, und wie kann man glauben, daß man dadurch das herrschende System der Verteilung von Arbeit und Ertrag verbessern und so beträchtlich weiter kommen könne! Jede wirtschaftliche und soziale Verbesserung wird von den Arbeitnehmern geschätzt, darüber hinaus aber das viel größere und möglichere Ziel erstrebt: den Arbeitstag zu erhalten, der gesundheitlich, seelisch und wirtschaftlich am erträglichsten ist; Löhne und Lebensbedingungen so zu gestalten, daß Jammer und Elend aufhören: so, daß es allen wohl dabei geht. Wohlstand im Leiblichen, Seelischen und Wirtschaftlichen: Nie war mehr Aussicht, wirtschaftlich vorwärts zu kommen, als jetzt.

Alles in allem: Auf den Arbeitsertrag kommt es zuerst und hauptsächlich an. Wo genügend Brauchbares, Zweckmäßiges, Sinnvolles, Besseres geschaffen ist und immerzu geschaffen wird, da ist Wohlstand, da kann jeder erhalten, was er braucht, was ihn fördert, hebt, seelisch und körperlich stärkt. Daß genügend wünschenswerte Güter unter den günstigsten Bedingungen hergestellt werden, ist das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik. Den Überstundenleuten aber in's Stammbuch: „In unseren eigenen Fabriken sehen wir, daß fünf Tage in der Woche eine genügend große Produktion ergeben, daß wir in fünf Tagen zu acht Stunden mehr erzielen können, als in einer sechs- oder siebentägigen Woche bei zehnstündiger Arbeitsdauer.“ Macht's ihm nach, dem Furd, und schafft Wohlstand und Zeit, um ihn verständlich anzuwenden!

J. A. B.

### Unerhört! Ein beleidigendes Werturteil.

Man mag glauben der Geist einer vergangenen Zeit feiere Auferstehung und hätte Einzug in die moderne Arbeitsgerichtsbarkeit gehalten, wenn man hört, was „Der Deutsche“, unsere Gewerkschaftszeitung, zu berichten weiß:

„Neu ist ein Werturteil, das ein Landesarbeitsgericht, das in Dortmund, ausgesprochen hat. Es muß geradezu als ungebeuerlich bezeichnet werden. Hier kurz zunächst der Tatbestand:

Eine Firma hat die seit 10 Jahren bei ihr beschäftigte Arbeiterin M. am 9. März 1928 fristlos entlassen, weil sie sich angeblich eines lieblerischen Lebenswandels im Sinne des § 125 GO. schuldig gemacht hat. Die Arbeiterin hat beim Arbeiterrat rechtzeitig Einspruch und darauf Klage beim Arbeitsgericht erhoben. Sowohl Arbeits-

gericht wie Landesarbeitsgericht haben diese Klage stattgegeben und die Firma verurteilt, die Klägerin wieder einzustellen bzw. 350 Mark Buße zu zahlen. Nun kommt das Unglaubliche der Urteilsbegründung:

Es ist nicht bestritten, daß die M. mit ihrem Kostgänger in wilder Ehe gelebt hat. Es steht auch fest, daß sie mit mehreren Männern ein festes Verhältnis gehabt hat. Es konnte ihr aber nicht nachgewiesen werden, daß sie Gewerksunacht getrieben habe. Nun sagt die Urteilsbegründung wörtlich:

„Nach den in Arbeiterkreisen herrschenden Anschauungen wird es aber nicht als verwerflich angesehen, wenn eine unverheiratete Frau ein ständiges, auch zum Geschlechtsverkehr führendes Verhältnis mit einem Manne hat. Es gilt in diesen Kreisen nicht als

### Die Glocke im Hause Benedikt.

Erzählung von Max Karl Böttcher.

In der Gesindestube der Calmühle, die Korn- und Brettmühle zugleich war, steckten Knechte und Mägde die Köpfe zusammen. Dorias, der Vorspannknecht, stand am Fenster und lauschte in die schwarze Nacht. Wild tobte der Sturm, und von den Waldeshöhen krachte es wie Böllerschüsse. Die wendische Magd bekreuzte sich und stammelte wirr und verflucht alte Gebete. „Schließe das Fenster, Dorias!“ gebot der Sägemeister unwirsch, „es ist genug des Lärmes.“ „Still doch, Leute! Hört Ihr denn nichts?“ zischte der Vorspannknecht. — „Nun lauschten alle in die dunkle Nacht. „Windbruch ist's in den Bergen, was so kracht und donnert, weiter nichts! Und ist noch längst kein Trömmelfeuer!“ Spottete Obermüller, der den großen Krieg mitgemacht hatte.

„Nein, nein! Hört Ihr sonst nichts?“ eiferte Dorias. Wieder lauschten alle mit verhaltenem Atem. Kathrein, die wendische Magd, ließ den Rosenkranz fahren und eilte an das Fenster und beugte sich hinaus, dann stieß sie hervor: „Das Totenglocklein ist's, droben von St. Peter! Hört doch nur! Bestimmt, es ist das Totenglocklein!“

Und in dem Augenblick, da der tobende Gewittersturm einmal verschaukelte, kam wirklich aus den Bergen ein feines Singen und Klingen wie aus weiten, weiten Fernen. Alle hatten es gehört, und alle standen jetzt auf und schauten sich betroffen an, und der Obermüller hub feierlich an: „Wenn um Mitternacht die Glocke der Bergkapelle klingt, stirbt jemand im Hause Benedikt!“

„Der Alte fährt zur Hölle!“ rief Veit, der Mühlbursche. „Zeit würde es, daß der alte Seizkragen, der seinen eigenen Sohn durch die Hunde von Haus und Hof heizen ließ, vom Teufel geholt würde!“

„Das Wort sollst bereuen, Veit!“ erklang es plötzlich hart und kalt hinter der Tür. Wie vom Blitz getroffen fuhren alle herum und starrten nach der Pforte. Heinrich Benedikt, der alte Mühlherr, stand steil und starr im Zimmer und sein böser Blick glitt von einem zum anderen. Endlich hub er an, kalt und schneidend und ohne Erregung: „Veit, Du bist entlassen wegen deiner häßlichen Redel. Sofort ziehst Du ab! Bist Du in einer Stunde noch auf meinem Grund und Boden, jage ich Dich durch die Hunde vom Hof!“

Der Mühlbursche lachte auf: „Wie Ihr es mit Eurem Sohne Lukas gemacht habt, he?“

„Schweig oder...“ Der Alte griff nach einem der schweren Zinnkrüge, die auf dem Tische standen und wag

ihn in der Hand wie ein Wurfgeschloß. Da flüchte Veit zur Tür hinaus, denn man kannte die gewalttätige Art des Mühlherrn. Aber durch das offene Fenster rief der kecke Bursche nochmals ins Zimmer: „Zur Hölle mußt Du aber dies Jahr doch noch, alter Seizkragen. Das Totenglocklein auf St. Peter hat es Joeben verkündet und...“

Jah verstumte Veit und huschte wie ein Wiesel in die finstere Nacht hinaus, denn Herr Benedikt hatte das schwere Zinngerät nun doch noch nach ihm geworfen, und nun zerbarst es, da der Wurf sein Ziel verfehlte, klirrend auf den Steinfliesen des Hofes. — Zitternd vor Zorn stand der Mühlherr im Zimmer, und die Leute um ihn verbarren in verlegenem Schweigen. Endlich fragte er barsch: „Was ist das für ein Geschwätz mit der Totenglocke auf St. Peter?“

„Geläutet hat sie! Gerufen hat sie!“ kreischte die wendische Magd und griff wieder nach ihrem Rosenkranz.

„Das ist ja Unsinn!“ fuhr der Mühlherr auf.

„Doch, Herr Benedikt, wir haben es alle gehört, wie sie gerade um Mitternacht lang und klang da droben!“ meinte schließlich der Sägemeister.

„Altweibergeweis ist es!“ schrie nun der Alte in schlecht verhehlter Angst.

„Herr, es ist lautere Wahrheit, sie läutete um Mitternacht!“ sagte nun ruhig und sachlich der Obermüller. Aber der Mühlherr lachte jetzt höhnisch auf: „So seid Ihr allesamt Narren! Hört, die Totenglocke kann gar nicht mehr läuten, denn ich habe sie selbst vor Jahren mit Tüchern und Pappen umwickelt, um dem albernen Aberglauben und kindischem Gewäsch ein Ende zu machen.“

Da wichen seine Leute von ihm zurück und tuschelten in der Ecke miteinander, nur wenige Augenblicke, dann trat der Sägemeister vor und sagte in schlichter Entschiedenheit: „Herr, das ist Frevel, was Ihr da tatet, als Ihr an der Glocke Euch vergriffet! Bedenket, das Glocklein ist geweiht vom Herrn Bischof, und wer sich an geweihten Gütern vergreift, der begehet Kirchenschändung! Das ist der zweite Frevel, den Ihr tatet, Herr Benedikt! Und wir alle verlassen morgen das Haus, denn solch Haus eines Schänders geweihter Sachen muß Unalück treffen und alle, die mit im Hause wohnen und solchem Frevel dienen, sind in Gefahr!“

„Seid Ihr verrückt geworden, Leute?“ ächzte der Alte.

„Nein, Herr Benedikt! Schon als Ihr Euren Sohn wie einen Lumpen vom Hause jagtet, war das Maß gerüttelt voll...“

„Was verheißt Ihr davon?! Der Lukas verschwendete mein Hob und Gut an Unwürdige...“

„Er tat nur Gutes! Herr Benedikt, als er Eures Bruders armes, altes Weib, das krank auf dem Mühlhofs-

versprach und das Ihr wie ein altes Bettelweib von der Tür wieset, als er dies arme Geschöpf beschenkte und im Mühllehn heimlich unterbrachte und...“

„Und alles gegen mein ausdrückliches Gebot! Wer mein Gebot übertritt, wird von mir vernichtet!“ schrie der Alte. „Und ich sage, was wahr ist: Ihr seid geizig, hart und ungerecht, Herr Benedikt! Und das Totenglocklein hat doch um Mitternacht geläutet, und wenn Ihr es zehnmal stumm gemacht habt. Wenn es läuten will und wenn es jemanden rufen will, bringt es keiner zum Schweigen!“ erwiderte der Sägemeister und zu den anderen gewandt, sagte er: „Kommt, Leute, wir gehen, der Mühlherr mag sehen, wie er mit sich und seiner Sach' fertig wird!“

Und sie schritten an Heinrich Benedikt vorüber zur Tür hinaus. Der Alte sah ihnen nach und hielt sie mit keinem Wort zurück, alsdann ging auch er davon und schritt über den Hof. Am Waldrande verhielt er den Schritt und überlegte. Daß die kleine Glocke auf dem Turmchen der geweihten Kapelle geläutet haben sollte, war ihm unfassbar und unglaublich und unheimlich zugleich. — „Ich muß zur Kapelle, ich muß mich selbst überzeugen, ob die Glocke gerufen hat!“ stieß er hervor und begann, den steilen, steinichten Pfad emporzuklimmen, der zur stillen Wallfahrtskirche führte.

Veit, der davoengejagte Mühlknappe, hatte die kurzen Worte des Alten vernommen, denn er hatte sich am Mühlberg versteckt, wohl ahnend, daß der Alte den Weg zur Kapelle suchen würde. Da entschloß sich Veit kurzerhand und eilte auf steilem, halbscherischem Jägerpfade zum Kirchlein St. Peter empor und harrte dort des Mühlherrn. — Stöhnend kam der alte Mann droben an, suchte mit klammen Fingern nach dem rostigen Schlüssel und öffnete dann die Tür. Ein schmales Trepplein führte im Turm empor, und nun stand er in rabenschwarzer Nacht vor der geweihten Glocke, deren Läuten, wenn es mitternächtlich geschah, die Leute des Mühlborsches nach Urväter Glauben als Totenruf deuteten. Heinrich Benedikt veruchte Licht zu machen, aber noch ehe das Flämmchen auflebte, hatte es der wilde Wind ausgelassen. Nun tastete der Alte mit zitternden Händen nach dem Glocklein, das er tuchumhüllt wählte, aber als er den bloßen, kalten Stahl des Geläutes fühlte, schrie er auf und wankte. Er wollte sich am Gebälk festhalten, strauchelte aber und stürzte die enge, steile Holzstiege hinab. Veit, der in der Nähe sich versteckt hielt, hörte Schrei und Fall, sprang hinzu und hob den besinnungslos liegenden Mühlherrn auf und schlepte ihn in die Kapelle und legte ihn auf eine der harten Gebetsbänke. Nun machte er Licht und setzte die beiden Leichter neben den Verunglückten. (Fortf. folgt).

ein liederlicher Lebenswandel“, . . . „dem derartige nach strengen Anschauungen unsittliche Verhältnisse bestehen in großer Anzahl in Arbeiterkreisen!“

Wir fragen: Woher hat der Herr Landesarbeitsrichter die Kenntnis von dem sittlichen bzw. unsittlichen Lebenswandel der Arbeiterschaft? Was würde er sagen, wenn wir daselbe etwa vom Stande der Richter oder anderen sogenannten gebildeten Ständen, vielleicht mit viel größerem Rechte, behaupten würden? Wir geben zu, daß in manchen Fällen auch in der Arbeiterschaft in sittlicher Beziehung manches zu wünschen übrigbleibt. Es dürfte aber dem Herrn Landesarbeitsrichter doch äußerst schwer, ja unmöglich werden, den Wahrheitsbeweis für diese so allgemein gehaltene fahrlässig-leichtfertige Behauptung zu erbringen.

Was sagen übrigens die Arbeitnehmerbeisitzer des Landesarbeitsgerichts Dortmund zu dieser unerhörten Urteilsbegründung? Haben sie sich nur gefreut, daß dadurch der Anspruch der Klägerin, nur weil sie Arbeiterin war, künstlich konstruiert werden konnte? Oder empfinden sie mit der gesamten anständig denkenden Arbeiterschaft solch Werturteil als Beleidigung und Herabsetzung ihres Standes?“

Als Antwort auf die letzte Frage erhielt „Der Deutsche“ folgende Zuschrift:

„Die christlichen Arbeitnehmerbeisitzer bzw. Laienrichter des Landesarbeitsgerichtes Dortmund vertreten den gleichen Standpunkt wie „Der Deutsche“. Sie empfinden mit der gesamten anständig denkenden Arbeiterschaft solch Werturteil als Beleidigung und Herabsetzung ihres Standes. Festgestellt ist auch, daß christliche Laienrichter bei diesem Urteil und der Begründung nicht mitgewirkt haben. Der Vorwurf, „die Arbeiterlaienrichter schwiegen“, wie ihn die „Trenonia“ im Anschluß an den Artikel des „Deutschen“ bringt, kann sich deshalb nur auf die Laienrichter beziehen, welche an dem Zustandekommen des Urteils und der Begründung mitgewirkt haben.

Nichtsdestoweniger haben aber die christlichen Arbeitnehmer-Laienrichter beim Landgerichtsdirektor Deneke, dem Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichtes, Protest gegen die Urteilsbegründung eingelegt. Gelegentlich einer Aussprache hierüber gab Herr Landgerichtsdirektor Dr. Deneke, folgende Erklärung ab:

Es habe ihm vollständig ferngelegen, in seiner Begründung ein Werturteil über die Moral der Arbeiterschaft abzugeben. Er bedaure auch, die Begründung so gefaßt zu haben, daß sie tatsächlich als Werturteil allgemein über die Arbeiterschaft aufgefaßt werden könne. Das habe ihm ferngelegen. Er habe nur in der Begründung sagen wollen, daß ein Teil der Arbeiterschaft betr. der Moral einer wilden Ehe den Standpunkt vertrete, dieses sei kein liederlicher Lebenswandel. Sein persönlicher Standpunkt gehe auch aus dem letzten Satz der Begründung hervor, worin zum Ausdruck komme, daß nach strengen Anschauungen solche Verhältnisse unsittlich seien.“

Gewiß soll und kann diese Erklärung des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. Deneke die Wirkung der Urteilsbegründung abschwächen. Tatsache bleibt aber die zunächst eigenartige Einstellung und die merkwürdige Entgleisung dieses Vorsitzenden und auch der beiden Laienrichter, die mitgeessen haben, der beiden letzteren auch im besonderen, weil sie die schriftliche Begründung zur Unterschrift vorgelegt bekommen. Entweder haben sie gedankenlos unterschrieben, oder sie waren tatsächlich einverstanden mit dieser Auffassung über die Moral in Arbeiterkreisen. Arbeits- und Landesarbeitslaienrichter aus dem Arbeiterstand aufgepaßt, damit nicht durch solche Urteile und Begründungen, ob gewollt oder ungewollt, die Arbeiterschaft in Mißkredit kommt.“

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 15.—21. Juli 1928 der 29. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

### Abrechnung 2. Quartal 1928.

Die Abrechnungsformulare sind den Zahlstellen zugegangen. Um pünktliche Erledigung wird im Interesse einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung gebeten.

Mitte September beginnt in Königswinter ein Gewerkschaftskursus für junge strebende Gewerkschaftler im Alter von 20 bis 25 Jahren. Die Kosten des Kursus (Fahrt, Verpflegung und ein kleines Taschengeld) trägt die Hauptkassa. Verbandsmitglieder, die geneigt sind, an dem Kursus teilzunehmen, werden gebeten, ein selbstgeschriebenes kurzes Bewerbungsschreiben, ihren Lebenslauf, ihr Bild und ihr Mitgliedsbuch der Zentrale in Köln bis Ende Juli einzusenden. Über die Zulassung geht den Werbepersonen später Mitteilung zu.

Im Adressenverzeichnis ist zu berichtigen:  
 Gau Düsseldorf: Gauleiter Karl Werder, Luisenstraße 37. Telefon: 13469.  
 Wevelinghoven: V. K. Wilh. Combath, Poststraße 76; L. Jilbertal, Oberstraße 26.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Semünden a. M.** Nun ist es auch gelungen, in unserem schönen Mainstädtchen eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Die Gründungsversammlung mit Wahl der Vorstandschaft fand am 8. Juli statt. Der Kollege Messerer-Würzburg war erschienen und sprach über die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für den einzelnen Arbeiter. Redner führte uns in die Zustände der vorgewerkschaftlichen Zeit, schilderte die Zustände, bevor bei der Arbeiterschaft der Organisationsgedanke lebendig wurde und zeigte uns, wie der Zusammenschluß der Arbeiterschaft segensreich gewirkt habe. Not und Elend waren es, die zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß trieben. Referent behandelte noch die gewerkschaftliche Arbeit in und nach dem Kriege und kam auf die heutige Wirtschaftsentwicklung zu sprechen. Die Ausführungen zeigten uns, daß es für uns nichts anderes geben kann, wenn wir uns nicht selbst verleugnen wollen, als daß wir zur Wahrung unserer wirtschaftlichen Belange organisiert sein müssen. Es war der Wille allgemein, mit beizutragen zum weiteren Aufstieg des Arbeiterstandes.

Es war eine schöne lebhaftes Versammlung. Wir wollen versprechen, treu zu unserem Verband zu halten. Hoffentlich gelingt es uns nun, durch unser gewerkschaftliches Beispiel auch die Kollegen des noch fernstehenden Betriebes von der Notwendigkeit des Verbandes zu überzeugen.

## Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaftliche Generalversammlungen.** Den Reigen der diesjährigen Generalversammlungen der dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände eröffnete der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter vom 13. bis 15. Mai in Essen. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hält seinen Verbandstag ab 12. August in Danzig ab. Der Zentralverband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes tagt ab 19. August in Freiburg i. B. Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter beginnt ebenso wie der Zentralverband christlicher Holzarbeiter seine Verbandstagsverhandlungen am 26. August. Die Fabrik- und Transportarbeiter tagen in Dortmund, die Holzarbeiter in Nürnberg. Der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe beginnt die Verhandlungen seiner Generalversammlung am 2. September in Leipzig. Der Christliche Metallarbeiterverband wird ab 16. September in Saarbrücken tagen. Gleichfalls im September (ab 26. September) tagt die Generalversammlung des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, und zwar in Düsseldorf. Mit dieser Tagung verbindet der Bund die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens. In München findet im September der Kongreß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften statt. Erfreulich ist, daß die einzelnen Verbände in den verschiedensten Gebieten des Reiches tagen und damit zum Ausdruck bringen, daß die christlichen Gewerkschaften eine das ganze Reichgebiet umfassende Bewegung sind.

**Die 20. Vorstandssitzung des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften.** Der Vorstand des I. B. C. G. tagte am 3. und 4. Juli 1928 in Utrecht. Die Tagung befaßte sich mit der Vorbereitung des internationalen Kongresses, der Ende September in München stattfinden wird und besprach den neuen Satzungsentwurf, der dem Kongresse bedeutende organisatorische Änderungen vorschlägt.

Gemäß dem neuen Satzungsentwurf wird die Leitung in den meisten Fragen in den Händen eines engeren Ausschusses liegen und der Gesamtverband nur einmal jährlich zusammentreten um Richtlinien für die Tätigkeit der internationalen christlichen Gewerkschaftsbewegung aufzustellen. Dieser Tagung werden Vertreter der 15 Sachinternationalen beiwohnen. Durch diese Änderungen werden organisatorische Bindungen zwischen dem Int. Bund der christlichen Gewerkschaften und den Sachinternationalen geschaffen.

Der Vorstand befaßte sich weiter mit Berichten über die Lage der Gewerkschaftsbewegung und über die Entwicklungsaussichten der christlichen Gewerkschaftsbewegung in mehreren Ländern.

Die Vorkommnisse in der letzten internationalen Arbeitskonferenz bildeten ebenfalls Stoff zu einer eingehenden Besprechung nämlich bezüglich der Wahl für den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes. Zwischen der Amsterdamer Internationale und dem internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften war vor der Konferenz eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach der christlichen Internationale der Sitz eines stellvertretenden Mitgliedes im Verwaltungsrat des I. A. A. eingeräumt werden sollte. Der I. B. C. G. bedauert feststellen zu müssen, daß die Amsterdamer Internationale aus Gründen, auf die wir jetzt nicht eingehen wollen, nicht vermochte bei der Wahl für den Verwaltungsrat die ihr angehörenden Delegierten zur Durchführung der von der Leitung eingegangenen Vereinbarung zu bewegen. Der Vorstand hat die endgültige Beschlußfassung einer späteren Sitzung überlassen.

Anlässlich der internationalen Vorstandssitzung hatten die niederländische katholische und christliche Gewerkschaftszentrale am 3. Juli einen internationalen gewerkschaftlichen Rundfunkabend veranstaltet, auf dem Nationalrat J. Scherrer (St. Gallen), J. Zirnheld (Paris), H. Pauwels (Brüssel), H. Amelink (Utrecht), J. Haas (Zürich), J. Staud (Wien), Frh. Ammann (Berlin), B. Otte (Berlin) und der Sekretär P. J. S. Serrarens kurze Reden über die internationale Solidarität hielten. Diesen Reden schloß sich eine kurze Ansprache von H. Henseler, Vertreter des I. A. A. über die Institution des I. A. A. an. Am 4. Juli wurde der Vorstand im Rathaus der Gemeinde Utrecht vom Bürgermeister und Gemeinderäten begrüßt. Am Abend, vor dem internationalen Sekretariat, begrüßten Deputationen der katholischen und christlichen Ortskartelle den internationalen Vorstand mit Musik und Fahnen.

Auf Einladung der niederländischen Zentralen besuchten die Mitglieder des Vorstandes die indische Ausstellung in Arnheim, das Sanatorium der katholischen Arbeiterbewegung in Apeldoorn, das Ferienaufenthaltsheim der christlichen Arbeiterbewegung in Putten und besichtigten den Amsterdamer Wohnungsbau und die Hafenanlagen.

## Rundschau.

**Im Namen des Volkes.** Hand in Hand mit dem Versuch, den Gewerkschaften und dem Arbeitsminister politische Beweggründe für ihre Tarif- und Lohnpraxis zu unterstellen, geht das Bestreben des organisierten Arbeitgebertums, die parlamentarischen Körperschaften zu einseitigen Arbeitgeberinteressenorganen umzugestalten. Ein entsprechender Druck auf die Parteien hat eingesezt. Die Begründungen für diese Bestrebungen sind oft recht merkwürdig. „Um des Volkes willen muß die deutsche Wirtschaft eingreifen in das Ringen um den neuen Reichstag“, schreibt Syndikus Karl Tögel in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. Von den Parteien muß sie „im Namen des Volkes fordern, daß nationale Gesichtspunkte den Wahlkampf beherrschen und nationale Wirtschaftspflichten von den Kandidaten eingegangen werden“. Es wäre interessant, einmal zu erfahren, auf welche „nationalen Gesichtspunkte“ die Parteien und die Kandidaten „im Namen des Volkes“ von der Wirtschaft verpflichtet worden sind. Tögel drückt sich da recht vorsichtig aus: „Wirtschaftspolitik immer in Rücksicht auf die Staatsnotwendigkeiten und Sozialpolitik immer unter dem Gesichtspunkte wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit.“ Mit dieser Umschreibung ist an sich nicht viel anzufangen. Aus den weiteren Ausführungen Tögels ist aber zu entnehmen, daß die Staatsnotwendigkeiten, auf die Rücksicht genommen werden soll, mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Wünschen des Arbeitgebertums gleichzusetzen sind. Das muß wenigstens angenommen werden, wenn er schreibt: „Es sind uns nur wenige Führer geworden, die auch in der Werbung um ein Mandat ehrlich und offen vor das Volk, vor den deutschen Arbeiter treten und ihm klar die Ziele zeigen, aber auch die Gesetze und Grenzen, innerhalb deren wir uns noch wirtschaftlich betätigen können.“ Danach braucht vor den deutschen Arbeitgeber niemand hinzutreten und ihn auf Gesetze und Grenzen seiner wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit aufmerksam zu machen; es genügt, wenn das dem Arbeiter gesagt wird. Allem Anschein nach hat Tögel der „deutschen Wirtschaft“ die Rolle Ludwigs XIV. zugebracht: „Der Staat sind wir!“ Die Begründung seiner Forderung „im Namen des Volkes“ klingt sehr stark danach.

## Aus dem gewerbl. Leben.

Über Leistungssteigerung in der Möbelindustrie berichtet das Institut für Konjunkturforschung in dem letzten Vierteljahreshaft folgendes:

In der Möbelindustrie verhält sich die Arbeiterzahl in den Großbetrieben in den Jahren 1925, 1926 und 1927 wie 100 zu 71 zu 101. Die Möbelumsätze im Einzelhandel schwankten in der gleichen Zeit wie 100 zu 99 zu 112. Dem Ausfall der Produktion im Jahre 1926 standen also annähernd gleichbleibende Umsätze gegenüber, die zum Teil aus den Lagerbeständen getätigt wurden. Zwischen 1925 und 1927 liegt die technische Rationalisierung der Großbetriebe. Die hierdurch bewirkte Leistungssteigerung je Arbeiter betrug in der Maschinenindustrie (3. Vierteljahr 1925 zu 3. Vierteljahr 1927) 22 v. H. Für die Großbetriebe der Möbelindustrie nimmt das I. f. K. ähnliche Verhältnisse an, rechnet dabei aber für die gesamte Möbelindustrie nur mit etwa der Hälfte der Leistungssteigerung. So berechnet ergibt sich von 1925 auf 1927 eine Produktionssteigerung um rund 12 v. H.

Bei der gleichzeitigen Zunahme der Möbelumsätze um 12 v. H. darf also angenommen werden, daß das Verhältnis von Möbelproduktion zu Möbelumsatz für den Durchschnitt des Jahres 1927 das gleiche wie 1925.

Da die Produktion im Jahre 1925 eine verhältnismäßig reichliche Lagerbildung zuließ, ist somit auch für

Ende 1927 mit dem Vorhandensein größerer Lager vorräte zu rechnen. Die während der letzten Monate eingetretene Erhöhung der Möbelpreise dürfte die Lagerkäufe des Handels noch angeregt haben.

Die Steigerung der Möbelumsätze ist hinter der Zunahme der jährlichen Wohnungserstellung — 1927 wurden etwa 50 v. H. mehr Wohnungen gebaut als 1925 — wesentlich zurückgeblieben. Sie hat sich fast gleich stark entwickelt wie die Zahl der Eheschließungen, die in den Großstädten in den gleichen Jahren um 15 v. H. zugenommen hat. Hierin kommt die hohe Übereinstimmung wirtschaftlichen Vorbedingungen für die Haushaltsgründungen und die Möbelbeschaffung zum Ausdruck. Eine weitere Zunahme der Möbelumsätze im Jahre 1928 wird in erster Linie eine entsprechende Besserung der allgemeinen Einkommensverhältnisse zur Voraussetzung haben.

**Syndikatsgründung in der Klavierindustrie.**

In Berlin wurde dieser Tage die Interessengemeinschaft deutscher Pianoforte- und Harmoniumfabriken A.-G. mit einem Grundkapital von 4 Mill. RM. gegründet. Zweck dieses neuen Zusammenschlusses ist die Wahrnehmung der Interessen deutscher, der Gesellschaft als Aktionäre angehöriger Pianoforte- und Harmoniumfabriken, gemeinsamer Einkauf der Materialien, eine Normalisierung und Verbilligung der Fabrikation, Erfahrungsaustausch und gemeinsame Festlegung von Vereinbarungen in bezug auf den Verkauf. Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld des Unternehmens soll die Beschaffung und Sicherung von Krediten für die Beteiligten, die Einkaufs- und Verkaufsförderung, insbesondere der Teilzahlungs geschäfte, ferner auch die Beleihung von Mietinstrumenten und die Finanzierung der Teilzahlungs- und Mietgeschäfte von Händlerfirmen sein.

Im ganzen umfaßt die Interessengemeinschaft 53 Firmen der Pianoforte- und Harmoniumindustrie. Sie wird etwa 60 % der gesamten deutschen Produktion umfassen, wobei wohl anzunehmen ist, daß bei der Bedeutung dieses Zusammenschlusses noch andere Firmen beitreten werden. Die Klavierindustrie ist eine besonders stark individuell eingestellte Industrie. Die weitaus größte Zahl der Unternehmen sind Einzel firmen, nur wenige haben die Form der Aktiengesellschaft angenommen. Ein Betriebs- und Produktions zusammen schluß ist nur in wenigen Fällen erfolgt. Wie erinnerlich, schlossen sich vor ungefähr drei Jahren die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann A.-G. und die Ludwig Hupfeld A.-G. in Leipzig zusammen und wurden dadurch zu einem der bedeutendsten konzentrierten Unternehmen der europäischen Musikinstrumentenindustrie. Ob der Aufgabenkreis der neuen Interessengemeinschaft auch den Weg bahnen wird für eine betriebsmäßige Rationalisierung bleibt abzuwarten.

Die jetzt neu gegründete umfassendere Interessengemeinschaft ist nur ein Ausbau und eine Zusammenfassung bestehender Organisationen in dieser Industrie. Anfang 1926 wurde die Kreditgemeinschaft deutscher Pianofortefabriken G. m. b. H. mit Sitz in Berlin gegründet, die als Finanzierungsgesellschaft für den Klavierabsatz gedacht war. Kurz darauf wurde eine zweite Finanzierungsgesellschaft, die Diskontvereinigung deutscher Pianoforte- und Harmoniumfabriken G. m. b. H., gebildet. Daneben bestand die Interessengemeinschaft deutscher Pianoforte- und Harmoniumfabrikanten. Den Anlaß zu dieser Intensivierung des Interessengemeinschaftsgedankens in der deutschen Klavierindustrie haben die Schwierigkeiten gegeben, mit denen diese Industrie seit dem Kriege zu kämpfen hatte. Die deutsche Klavierindustrie, die vor dem Kriege in steigendem Maße ihre Qualitätsinstrumente in der ganzen Welt absetzen konnte, hat durch die Kriegsabsperzung und die folgenden Schwierigkeiten große Absatzgebiete verloren, vor allem in den Vereinigten Staaten und England, in Italien, Rußland und Australien.

Unter Hinzurechnung auch der kleinen Betriebe sind über 200 Klavierfirmen vorhanden. Ob die neue Interessengemeinschaft den oft ungefunten Wettbewerb bei der Absatzfinanzierung wird beseitigen können, bleibt abzuwarten. Eine erhebliche Belebung des Geschäftes könnte nur dann eintreten, wenn eine Verbilligung der Erzeugnisse und eine Beschneidung

des viel zu hohen Händlergewinnes von der neuen Interessengemeinschaft herbeigeführt würde.

Vorsicht gegenüber Zeitschriftenversicherungen! In das Gebiet der Versicherungsverlagerungen fallen die Zeitschriftenversicherungen, für die meist solche Zeitschriften die Werbetrommel rühren, deren Bestand sonst ernstlich gefährdet ist. Der Tagespresse entnehmen wir das folgende, sehr charakteristische Schreiben, das einem Arbeiter auf seine Unfallmeldung gesandt wurde:

„Wie wir aus dem uns vorliegenden ärztlichen Gutachten ersehen, waren Sie bereits zur Zeit des Unfalls mit Plattfüßen (!) behaftet, welche vom ärztlichen Standpunkt aus als erhebliches Leiden (!) anzusehen sind. Auf Grund des § 3 Abs. 2 der für die Zeitschrift N. N. maßgebenden Versicherungsbedingungen sind jedoch solche Personen, die zur Zeit des Unfalls mit einem erheblichen Leiden behaftet sind, von der Unfallversicherung ausgeschlossen. Vorstehendem zufolge bedauern wir, Ihre Angelegenheit nicht mehr weiter behandeln zu können, und betrachten Ihre Unfallsache für uns als endgültig erledigt.“

Kommentar für jeden denkenden Menschen wohl überflüssig! Dieses unglaubliche Schreiben zeigt aber auch, wie notwendig es ist, sich rechtzeitig nach einem soliden Versicherungsschutz umzusehen. Für unsere Mitglieder kommen hierfür nur unsere eigenen Versicherungseinrichtungen in Betracht, nämlich unsere Deutsche Lebensversicherung, Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und unsere Deutsche Feuerversicherung eingeregnet hat. Die Anschrift dieser unserer Gesellschaften lautet: Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelfstraße 15 a.

**Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.**

**Frisklose Entlassung eines Arbeitnehmers wegen Beleidigung des Arbeitgebers oder eines Vorgesetzten** ist nach einem Urteile des Landesarbeitsgerichtes Berlin vom 15. Oktober 1927 Nr. 10 (S. 74/27, Deutsche Arbeitgeberzeitung 1927/51) im allgemeinen nur dann rechtmäßig, wenn die beleidigenden Äußerungen nicht nur nachweislich besonders schwerwiegend und disziplinwidrig waren, sondern wenn der betreffende Arbeitnehmer sich auch nach Lage der Sache der Tragweite der beleidigenden Äußerungen bewußt war.

**Einmalige Richtenschulbildung oder wahrheitswidrige Entschuldigung in einem Krankheitsfalle** gibt dem Arbeitgeber nach den Entscheidungen des Landesarbeitsgerichtes Münster Nr. a A C 6/27 und des Landesarbeitsgerichtes Münster vom 20. September 1927 Nr. 6 S. 6/27 noch keinen Grund zur frisklosen Entlassung des betreffenden Arbeitnehmers, falls er sich sonst einwandfrei geführt hat.

**Beschäftigungsbezeichnung im Zeugnisse.** Nach einem Urteile des Landesarbeitsgerichtes Münster vom 20. September 1927 Nr. 6 S. 6/27 haben Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch darauf, daß die Arbeitgeber auf ihr Verlangen für die Bezeichnung ihrer Tätigkeit im Zeugnisse diejenige Gruppenbezeichnung wählt, welche der einschlägige Tarifvertrag für die in Frage kommende Beschäftigung vor sieht.

**Zeugnisdaten bei vorzeitiger unbegründeter Entlassung.** In Übereinstimmung mit der herrschend in Rechtsprechung und Literatur vertretenen Ansicht stellten sich auch die Urteile des Arbeitsgerichtes Münster Nr. a A C 6/27 und des Landesarbeitsgerichtes Münster vom 20. September 1927 Nr. 6 S. 6/27 auf den Standpunkt, daß Arbeitnehmer, die vom Arbeitgeber trotz Fehlens eines wichtigen, die frisklose Entlassung rechtfertigenden Ründigungsgrundes vorzeitig entlassen wurden, und die sich mit dieser vorzeitigen Entlassung nicht einverstanden erklärt haben, verlangen können, daß der Arbeitgeber als Entlassungstag im Zeugnisse nicht etwa den Tag der tatsächlichen vorzeitigen Entlassung, sondern den Tag angibt, an welchem das Dienstverhältnis ordnungsmäßig abgelaufen wäre, falls der Arbeitgeber am Tage des Ausspruches der vorzeitigen Ründigung das Dienstverhältnis unter Einhaltung der für dasselbe gesetzlich, vertraglich oder tariflich geltenden Ründigungsrecht aufgekündigt hätte.

**Literarisches.**

**Handwerkskunst im Holzgewerbe.** Welcher vorwärtstrebende Fachmann, sei er in selbständiger oder abhängiger Stellung, getraut sich noch, ohne Sachzeitschrift auszukommen? Die Anforderungen, die heute an Arbeiter und Unternehmer gestellt werden, sind unvergleichlich größer als vordem, denn außer der selbstverständlichen Werkfähigkeit setzt heute die Rundschaff Geschmacksbildung und raumkünstlerische Begabung voraus. Unsere „Handwerkskunst im Holzgewerbe“ ist führendes Fachblatt und behandelt neben modernen Bedankengängen im Gewerbe die für jeden wichtige Materialkunde, Technik und Werkzeuge. Das Juliheft ist erschienen und reicht sich an Aufmerksamkeit und Inhalt würdig den bisher erschienenen Heften an. Jeder abonniere die Zeitschrift für zwei Mark vierteljährlich bei der Post oder beim Verlag.

**Formularbuch des Arbeitsrechts, von K. Schirner und W. R. Schalbach.** Durch die Arbeitsgerichtsbarkeit, die seit einem Jahre wirksam wurde, hat sich eine Hochschul arbeitsrechtliche Literatur über geeignete Leser ergossen und es besteht wirklich kein Mangel an wissenschaftlichen Darstellungen des Gegenstandes. Wohl wurde in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber als Mangel empfunden das Fehlen eines die formularmäßige Behandlung des A. R. darstellenden Hilfswerkes. In vielen Fällen schilderten oder unterblieben an sich aus sichtsreiche Klageanträge, weil die Formvorschriften unbekannt waren. Diesem Mangel versucht das „Formularbuch des Arbeitsrechtes“ abzuhelfen und nach der Fülle des gebotenen Stoffes zu urteilen, muß der Versuch als gelungen bezeichnet werden. Jedem der mit arbeitsrechtlichen Streitfragen zu tun hat ist die Beschaffung des Buches dringend zu empfehlen.

**Die Anzhölzer und ihre Eigenschaften, von Emil Rau.** Orell-Füssli-Verlag, Leipzig und Zürich bringt ein handliches kleines Werk heraus, welches bei einer leichtverständlichen Zusammenstellung die in der deutschen Holzindustrie hauptsächlich verwendeten Holzarten in ihrer natürlichen Farbe und Struktur auf 96 Tafeln und auf 30 Seiten Text in kürzester Form behandelt. Schreiner, Möbeldändler, alle die Holz als Werkstoff und dekorativ verwenden wollen, sollten sich dieses Werkchen beschaffen. Uns will scheinen, daß es mit Vorteil bei Fachschulen und Fachkursen zur Erkennung der Hölzer des In- und Auslandes gebraucht werden kann.

**„Größenordnungen in Volk und Wirtschaft“** von V. Letterhaus und Dr. Frz. Köhr. Die sozialen- und Wirtschaftskämpfe können nur dann erfolgreich sein, wenn man über die Gesamterscheinungen in Volk, Staat und Wirtschaft auch zuverlässig orientiert ist. Das ist eine Tatsache, die jeder Kollege, der mitten im Kampf steht, schon oft erfahren hat. Um nun unsern Kollegen das notwendige Zahlenmaterial zu verschaffen, hat der Gesamtverband vor wenigen Tagen das obige Buch herausgegeben. Gewiß gibt es schon recht viele statistische Bücher, aber ein Handbuch, das die Vorzüge unserer Größenordnungen aufzuweisen hat, ist auf dem gesamten Büchermarkt nicht zu finden. Welcher Art sind diese Vorzüge:

Das neueste nationale und internationale Material — Übersichtliche Anordnung der vielen Abteilungen, die mit allgemeiner verständlichen Erläuterungen versehen sind; wodurch das Studium auch interessant wird und lebendig bleibt. — Die Tabellen bieten Raum für nachträgliche Eintragungen bis zum Jahre 1932. — In Ganzleinen gebunden. — Und kostet trotzdem nur M. 7,50 für Mitglieder, für Nichtmitglieder M. 10,—.

Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

**Bücher und Schriften**

bezieht der christliche Gewerkschafter durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

**Die Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtstrebenden Tischler.  
Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2.— Mark.  
Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 richten.

**Deutscher Versicherungs-Konzern**  
Deutsche Lebensversicherung-Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft  
Deutsche Feuerversicherung A.-G.  
Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelfstr. 15a

Das sind die Vertragsgesellschaften für unsere Mitglieder und deren Angehörige. Versicherungen unbedingt wertbeständig. Vor jedem Abschluß einer Versicherung wende man sich an unsere Verbandsbeamten oder die Geschäftsstellen der Gesellschaften in allen größeren Orten.

Mitarbeiter haupt- und nebenamtlich gesucht

**Intarsien jeder Art**  
Musterbogen gegen 0.50 M. in Briefmarken  
E. Biller, Heidelberg  
Theaterstraße 7